

KOMMENTAR

Landeskabinett verabschiedet Haushaltsentwurf 2003

Das dicke Ende

PETER JANSEN, DÜSSELDORF

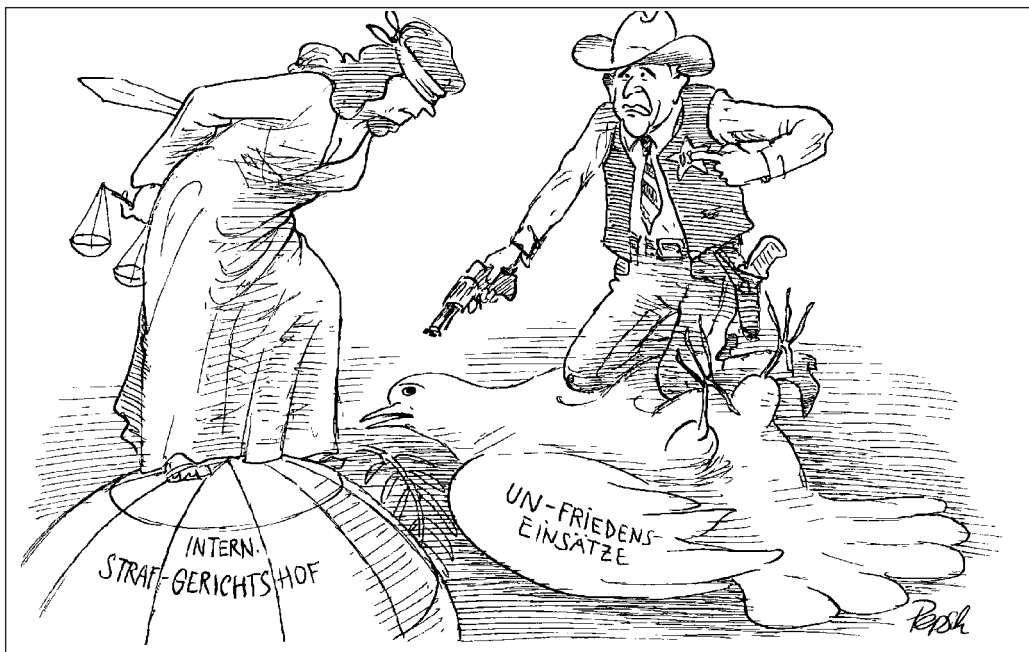
Finanzminister Peer Steinbrück hat Wort gehalten. Kurz vor den Sommerferien und zweieinhalb Monate vor der Bundestagswahl hat er den Entwurf für den Landeshaushalt 2003 fertig gestellt, mit dem die Ministerien 1,4 Milliarden Euro oder 0,9 Prozent weniger ausgeben können als in diesem Jahr.

Die erforderlichen Spar-, Streichungs- und Kürzungsaktionen waren ein Kraftakt ohne Beispiel. Weniger aus Überzeugung und mehr aus der Sorge, dass ein handfester Koalitionskrach kurz vor dem 22. September nur der politischen Konkurrenz nutzt, haben sich Rote wie Grüne letztlich in die schmerzhaften Kompromisse gefügt. Aber auch die finanzielle Not nahm den Koalitionären die Lust am Streiten.

Nach den ersten Reaktionen aus den Reihen der roten

und grünen Abgeordneten ist nicht damit zu rechnen, dass Steinbrücks Entwurf insgesamt in Frage gestellt wird. Die nachvollziehbare Leitlinie, dass für jede wieder eingesparte Sparmaßnahme an anderer Stelle derselbe Betrag gespart werden muss, wird ihre disziplinierende Wirkung noch entfalten.

Das erste Durchatmen nach der erfolgreich überstandenen Operation heißt freilich nicht, dass damit der Ärger für Minister und Abgeordnete vorbei ist. Die Kürzungen bei Kommunen, Vereinen, Verbänden, Institutionen und Initiativen werden nicht ohne Stöhnen und Jammern, nicht ohne laute Proteste und stille Tränen abgehen. Das dicke Ende steht denen noch bevor, die den Haushalt im Landtag verabschieden und bei den Bürgern im Lande verteidigen müssen.



Straffreiheit erpressen

ZEICHNUNG: PEPSCH GOTTSCHBERG

TAGESTHEMA

In Düsseldorf regiert der Rotstift

Studenten zahlen mehr – Vereine kriegen weniger

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN PETER JANSEN

Düsseldorf. Champagner hätte nicht zur Kassenlage gepasst, Mineralwasser wäre zu mickrig gewesen und so stieß die rot-grüne Ministerrunde am späten Dienstagabend nach Fertigstellung des Etatentwurfs 2003 mit einem Pfälzer Weißburgunder auf den Erfolg an. Dabei war schon vor Beginn der abschließenden Kabinettsberatung der Knoten durchschlagen worden. In einem Koalitionsgespräch bei Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hatten die Grünen ihren Widerstand gegen die bis zuletzt bekämpften Studiengebühren aufgegeben, nachdem sie eine Reihe von Ausnahmemöglichkeiten erstritten und durchgesetzt hatten, dass die Gebühren für Langzeitstudenten so schnell wie möglich durch ein Studienkontenmodell abgelöst werden.

„Gefasst“ sei die Reaktion der Abgeordneten gewesen, meinte Finanzminister Peer Steinbrück (SPD), der den Fraktionen gestern morgen die Liste weniger Wohltaten und vieler Grausamkeiten präsentierte. Als Wohltat gilt dabei schon, wenn auf die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche für Landesbedienstete verzichtet wird oder die pauschalen Zuweisungen an die Wohlfahrtsverbände in gleicher Höhe erhalten bleiben.

Umso länger ist der Katalog der Grausamkeiten. 470 Millionen Euro will Steinbrück bei den freiwilligen Leistungen einkassieren und betroffen sind so ziemlich alle, die auch nur einen Euro Fördergeld aus der Landeskasse erhalten oder erhofft haben. Darunter fallen Straßen- und Radwegbau, der Öffentliche Personennahverkehr, der Landesjugendplan und die Landwirtschaftskammern, die Familien- und Kinderhilfe ebenso wie die Kultur- und Sportförderung und die Abfallverwertung. Steinbrück mochte sogar nicht ausschließen, dass im Einzelfall die Kürzung der Zuweisungen dazu führen wird, dass Stellen gestrichen und Mitarbeiter entlassen werden müssen.

Einigermaßen glimpflich kam Schul- und Hochschulministerin Gabriele Beh-

ler (SPD) davon. Ihr Etat ist der einzige, der um 2,6 Prozent spürbar steigt. Nicht nur werden alle frei werdenden Lehrstellen im nächsten Jahr wieder besetzt, zusätzlich werden 1.229 neue Lehrer für die Einführung von Englisch an Grundschulen und wegen gestiegener Schülerzahlen eingestellt. Im Gegenzug wird der Topf „Geld statt Stellen“ um 30 Millionen Euro gekürzt.



Sorgenmienen: NRW-Haushälter Schwanhold, Clement, Steinbrück (v.l.).

Studiengebühren in Höhe von 650 Euro pro Semester müssen künftig Studenten zahlen, die ihre Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschreiten oder ein Zweitstudium beginnen, sowie Seniorenstudenten. Um die Zahlung zu erleichtern, sorgt das Land für zinsverbilligte Darlehen, die ab Beginn der Berufstätigkeit zurückgezahlt werden müssen. Ein Fachwechsel bereits nach dem zweiten Semester gilt noch nicht als Zweitstudium, Kindererziehungszeiten werden angerechnet und wer sich im Studium in den Organen der Hochschule engagiert, wird länger von der Studiengebühr befreit.

Neben dem Schulbereich bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen, Schwerpunkt im Landeshaushalt. Insgesamt kann Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) rund 260 Millionen Euro für diese Zwecke ausgeben. Die Grünen feierten als Erfolg, dass sogar bei den Subventionen für die Steinkohle gestrichen wird, immerhin 60 Millionen Euro.

„Afghanistan nutzt seine Chance“

INTERVIEW: Außenminister Abdullah Abdullah

Kabul. In Afghanistan herrscht Hoffnung und Aufbruchsstimmung. Das Land setzt auf die internationale Unterstützung beim Wiederaufbau, wie Außenminister Abdullah Abdullah in Kabul im Gespräch mit unserem Redakteur Michael Kaiser erklärt.

Ein großer Schritt zum Frieden in Afghanistan wurde mit dem Abkommen getan, das auf dem Petersberg bei Bonn geschlossen wurde. Welche Rolle soll Deutschland künftig spielen? ABDULLAH ABDULLAH: Was in meinem Land politisch geschieht, basiert auf dem Petersberger Abkommen. Was wir in

dieser Phase brauchen, ist die Hilfe Deutschlands beim Wiederaufbau des Landes. Insgesamt setzen wir auf eine breite Zusammenarbeit in allen Bereichen, sei es Sport, Kultur, Handel und Industrie. Deutschland ist seit langer Zeit ein Freund Afghanistans.

Wenn man durch Kabul geht, spürt man die Aktivität der Menschen. Jeder bemüht sich im Rahmen seiner Möglichkeiten, etwas aufzubauen. Und die Menschen lachen viel. Was hat sich seit dem Ende der Taliban-Herrschaft verändert? ABDULLAH: Natürlich ist die Situation nicht vergleichbar mit



Setzt auch auf Deutschland: Außenminister Abdullah Abdullah.

der vor sagen wir zehn Monaten. Denken Sie nur daran, dass im Kabuler Stadion, wo heute wieder Fußball gespielt wird, die Ta-

Stoiber fehlt bei Debatte zu Arbeitsmarkt

Berlin (dpa). Die Opposition will die regierende SPD heute im Bundestag dazu zwingen, zu den Arbeitsmarkt-Vorschlägen der Hartz-Kommission Farbe zu bekennen. Die FDP kündigte an, wichtige Elemente der Hartz-Vorschläge als Antrag ins Parlament einzubringen. Anlass ist eine Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes. Die Sozialdemokraten warfen Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) vor, bei der Bundestagsdebatte zu kneifen. Schröder will in seiner Erklärung auch zu den Hartz-Vorschlägen für Reformen am Arbeitsmarkt Stellung nehmen. Die Union hat für die Anträge zur Arbeitsmarktpolitik namentliche Abstimmung beantragt. Stoiber hält zeitgleich zu der Aussprache in einem Hotel unweit des Reichstagsgebäudes eine Rede über Reformen am Arbeitsmarkt.

Batasuna muss für Anschläge haften

Madrid (dpa). Die ETA-nahe Baskenpartei Batasuna (Einheit) gerät immer mehr in Bedrängnis. Die Madrider Justiz erklärte sie für die Sachschäden mitverantwortlich, die militante Anhänger der Separatistenorganisation ETA etwa bei Brandanschlägen im spanischen Baskenland anrichten. Nach dem Beschluss ist Batasuna für die bisherigen Zerstörungen haftbar und muss Schadensersatz in Höhe von 18 Millionen Euro leisten. Um die Zahlung sicher zu stellen, ordnete er an, das Vermögen der Partei zu beschlagnahmen.

Arafat entlässt Polizeichefs

Jerusalem/Gaza (dpa). Palästinenserpräsident Jassir Arafat hat erstmals zwei seiner mächtigsten Polizeichefs entlassen. Arafat löste den von Palästinensern als korrupt und autoritär beschriebenen Polizeichef im Gazastreifen, Ghazi Dschabali und offenbar auch den Sicherheitschef im Westjordanland, Dschibril Radschub, ab. Das israelische Kernkabinett beschloss, die Bedingungen für Hilfsorganisationen zu verbessern, die durch die Ausgangssperren bei der Versorgung der palästinensischen Bevölkerung behindert werden.

Kämpfe mit El Kaida: Sieben Tote

Kohat (rtr). An einer Straßensperre im Nordwesten Pakistans haben Armee und Polizei vier mutmaßliche Mitglieder der radikalislamischen Organisation El Kaida aus Tschetschenien gestoppt und erschossen. Zwei Polizisten und ein Soldat seien ebenfalls getötet worden, teilte die Armee in der benachbarten Stadt Kohat mit. Die vier Tschetschenen seien mit einem Auto „vermutlich in einem terroristischen Auftrag“ nach Kohat oder Peshawar unterwegs gewesen, verlautete aus Armeekreisen.

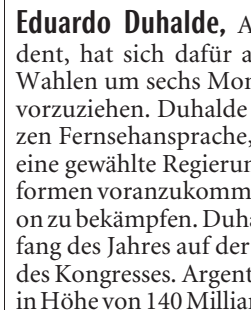
Hitler-Symbolik bei Anti-Euro-Spot

London (dpa). Ein Werbespot, der Adolf Hitler als Unterstützer der Euro-Währung zeigt, ist in London von den Befürwortern eines Euro-Beitritts kritisiert worden. Auch Vertreter der britischen Juden verurteilten den Film, der Ende des Monats in britischen Kinos gezeigt werden soll. Die Kampagne „Nein zum Euro“ hingegen wies die Vorwürfe zurück und bezeichnete den Spot als „harmlosen Spaß“. Das Video zeigt den britischen Komiker Rik Mayall als Hitler mit gestrecktem Arm brüllend: „Ein Volk, ein Reich, ein Euro“.

PERSÖNLICH



Claudio Scajola, italienischer Innenminister, ist gestern zurückgetreten. In einem Brief an Ministerpräsident Silvio Berlusconi begründete er seinen Schritt damit, dass er nicht mehr das Vertrauen der ganzen Koalition habe. Der 54-Jährige war in das Kreuzfeuer der Kritik geraten, nachdem er im März von der Terrororganisation Rote Brigaden ermordeten Regierungsberater Marco Biagi als „Nervensäge“ bezeichnet hatte.



Eduardo Duhalde, Argentinien Präsident, hat sich dafür ausgesprochen, die Wahlen um sechs Monate auf März 2003 vorzuziehen. Duhalde sagte in einer kurzen Fernsehansprache, das Land brauche eine gewählte Regierung, um mit den Reformen voranzukommen und die Rezession zu bekämpfen. Duhalde regiert seit Anfang des Jahres auf der Basis eines Votum des Kongresses. Argentinien hat Schulden in Höhe von 140 Milliarden Dollar.

Zacarias Moussaoui, der bisher einzige als Hintermann der Anschläge vom 11. September in den USA angeklagte Verdächtige hat erklärt, dass die US-Bundespolizei FBI ihn und die 19 Attentäter schon einige Zeit vorher beobachtet habe. In handschriftlichen Eingaben an eine US-Bezirksrichterin erklärte der 34-jährige Franzose er wolle dem Kongress von dem Wissen des FBI und seiner Verantwortung für die Anschläge direkt berichten.

PRESSESTIMMEN

THEMA: FLUGZEUGKATASTROPHE

Hannoversche Allgemeine

Hannover. Für die Angehörigen der Opfer klingt es makaber: Hätte der russische Pilot gar nicht auf die Anweisung aus Zürich reagiert, wären die beiden Flugzeuge über dem Bodensee knapp aneinander vorbeigerauscht. Ein Fluglotse hätte vielleicht seinem Chef einen Beinahe-Zusammenstoß gemeldet. Die Öffentlichkeit hätte nichts davon erfahren.

Badische Neueste Nachrichten

Karlsruhe. Nach dem grauenhaften Unglück von Überlingen wachsen die Zweifel an der Sicherheit in der Luft. Warum hat der Züricher Fluglotse die beiden Cockpit-Crews so spät gewarnt? Warum haben die technischen Systeme an Bord der Jets versagt? Diese Fragen rücken immer stärker in den Mittelpunkt der Katastrophe, bei der die Kinder statt eines sonnigen Ferienaufenthalts in Spanien den Tod am Bodensee fanden.

Münchner Merkur

München. Noch wird über die Ursachen gestritten, die zu dem Inferno über dem nächtlichen Linzgau bei Überlingen führten. Unter der Regie der Schweizer Flugsicherung hat es aber im Umfeld des Weltflughafens Zürich-Kloten schon zu vor zahlreiche Zwischenfälle und Unglücke gegeben. Meist stellt sich am Ende der Nachfor-

schungen über Luftfahrtunfälle heraus, dass eine ganze Kette unglücklicher Umstände zum Desaster geführt hat.

Südwest Presse

Ulm. Der Zusammenstoß der beiden Flugzeuge über dem Bodensee wird gründlich untersucht werden müssen. (...) Ein Zusammenprall in dieser Flughöhe ist extrem selten. Aber wieder einmal hat sich bestätigt, dass alles Unglück, das geschehen kann, auch irgendwann einmal geschieht.

Nordwest-Zeitung

Oldenburg. Die alten, ungelösten Probleme holten die Branche spätestens gestern bei der Kollision zweier Maschinen über Deutschland wieder ein. Das Unglück und auch die wachsende Zahl der Beinahe-Zusammenstöße zeigen: Die Sicherheits-Standards am Boden und in der Luft müssen dringend verbessert und angeglichen werden.

Thüringer Allgemeine

Erfurt. Der Absturz der Flugzeuge wirft nicht nur die Frage nach der Zuverlässigkeit von Anti-Kollisionssystemen neu auf. Er macht auf tragische Weise deutlich, dass die von der EU beabsichtigten Pläne, aus dem bisher national kontrollierten einen einheitlich überwachten Luftraum zu schaffen, ohne Egoismen rascher vorangetrieben werden müssen.